

Solidarität in der Gesellschaft

CKD im Gespräch mit Gisela Erler

Sie haben lange Zeit als Familienforscherin am Deutschen Jugendinstitut in München gearbeitet und 1991 die pme Familienservice GmbH gegründet. Die Firma unterstützt bundesweit Firmen und Behörden bei der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere der Kinderbetreuung und der Unterstützung pflegebedürftiger Angehöriger.

Wie stellt sich aus Ihrer Sicht die Situation für Familien heutzutage dar?

Es hat sich viel getan in den letzten 20 bis 30 Jahren. Immer mehr Frauen kehren wieder zurück in den Beruf, trotz Kindern. Der Ausbau der Kindertagesstätten hat hierbei entscheidend mitgewirkt. Vor nicht allzu langer Zeit wäre diese Entwicklung noch unvorstellbar gewesen. Dennoch gibt es immer noch viele Baustellen, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf anbelangt. Die Frauen sind hiervon besonders betroffen.

In welchen Bereichen brauchen Familien Unterstützung?

Der weitere Ausbau der Kindertagesstätten geht nur schleppend voran und viele Frauen sind dann oftmals doch gezwungen, zu Hause zu bleiben. Besonders ist mir auch daran gelegen, dass junge Väter sich in der Familie engagieren können, trotz ihres Berufslebens. Ich nenne das immer so etwas wie eine lebbare Vollzeitstelle, die zum Ausdruck bringt, dass beide Elternteile beruflich tätig sein und trotzdem ein familienverträgliches Leben führen können. Es gibt sicherlich noch vieles zu tun, aber ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg, wenn Politik und Gesellschaft weiterhin an diesem brisanten Thema arbeiten.

Zu beobachten ist, dass nichtverwandtschaftliche Beziehungen zwischen den Generationen vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen und demografischen Wandels immer wichtiger werden. Was verstehen Sie unter Generationensolidarität?

Das ist ja alles nicht neu. Bereits Anfang der 1990er Jahre hat man sich Gedanken zum veränderten Altersaufbau der Gesellschaft gemacht und auch angefangen durch eine Stärkung des nachbarschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagements dem sozialstaatlichen Handeln etwas zur Seite zu stellen. In Baden Württemberg ist 1991 genau aus diesem Denken heraus die Geschäftsstelle für Bürgerschaftliches Engagement im Sozialministerium eingerichtet worden. Die Seniorengenossenschaften, der Generationenpreis oder das heutige Landesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement, all das sind wegweisende Weichenstellungen, um die Floskel der Generationensolidarität mit Leben zu füllen. Die Wohlfahrtsverbände sind dafür wichtige Partner, die ja seit einiger Zeit auch im Landesnetzwerk dabei sind. Ich bin überzeugt, dass gerade auch solche brennenden gesellschaftlichen Fragen immer mehr auch unter der direkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bearbeitet werden sollten anstatt sie nur ehrenamtlich in Anspruch zu nehmen.

Seit 2011 sind Sie Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in der baden-württembergischen Landesregierung. Sie haben sich hier vor allem die Anerkennung, Wertschätzung und Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement zur Aufgabe gemacht.

Die Caritas-Konferenzen Deutschlands sind ein Netzwerk von Ehrenamtlichen, die sich sozial caritativ engagieren. Welche Rolle kann Ehrenamtlichen in der Unterstützung von Familien zukommen?

Das Thema Wertschätzung im Bürgerschaftlichen Engagement ist nach wie vor beim Sozialministerium angesiedelt. Dort wird gerade auch eine sehr spannende „Landes – Engagement-Strategie“ erarbeitet. Als Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung liegen meine Schwerpunkte etwas anders, aber der Landesregierung ist die Anerkennung und Wertschätzung von Engagement und Beteiligung sehr wichtig. Deshalb hat der Ministerpräsident beispielsweise eine Neuausrichtung des Neujahrsempfangs angeregt: Nicht Honoratioren, sondern ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger werden von der Landesregierung dazu eingeladen, da sie sich alltäglich und ganz selbstverständlich einbringen. Der Ehrenamtswettbewerb „Echt gut!“ wird neu ausgerichtet und auch ganz neu ist der Leuchtturmwettbewerb des Staatsanzeigers zur Bürgerbeteiligung. Überhaupt gilt es auch hier, die engagierten Menschen nicht nur durch ihr aktives Handeln in Anspruch zu nehmen, sondern sie bei Entwicklungsprozessen mit einzubeziehen und sie teilhaben zu lassen. So werden aus Betroffenen Beteiligte.

Welche Unterstützung bietet das Land Baden-Württemberg ehrenamtlich Engagierten?

Es wundert mich nicht, dass in Baden Württemberg 41% der Bürgerinnen und Bürger engagiert sind, denn seit 1991 gibt es das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement unter Federführung des Sozialministeriums. Dazu gehören die Netzwerke der kommunalen Spitzenverbände und die Landesnetzwerkkonferenz, in der auch die Wohlfahrtsverbände vertreten sind. Die Netzwerke bieten Unterstützungsstrukturen durch Fachberatung, Projektfördermittel und Qualifizierungsangebote wie zum Beispiel das Bürgermentoren-Programm. Darüber hinaus gibt es in fast jedem Ministerium Ansatzpunkte für Ehrenamt und Bürgerengagement, so zum Beispiel am Umweltministerium, im Innenministerium oder auch im Justizministerium für die Bereiche Bewährungshilfe oder Strafvollzug. Neu ist unsererseits die „Allianz für Beteiligung“, die ich im vergangenen Jahr angestoßen habe und die zukünftig, von mehreren Stiftung unterstützt, die Bürgerbeteiligung voranbringen wird.

Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen.